



ABS: MDR-VD, 1082 Wien, Rathaus

An das
Bundesministerium für
Finanzen

Amt der Wiener Landesregierung

Magistratsdirektion der Stadt Wien
Geschäftsbereich Recht
Verfassungsdienst
Rathaus, Stiege 8, 2. Stock, Tür 428
1082 Wien
Tel.: +43 1 4000 82349
Fax: +43 1 4000 99 82310
post@md-r.wien.gv.at
www.wien.at

MDR - 2270-1/12

Wien, 23. Oktober 2012

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Börsegesetz 1989, das Bankwesengesetz und das Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 für die Zwecke der Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 über den zeitlichen und administrativen Ablauf und sonstige Aspekte der Versteigerung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß der Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft geändert werden;
Begutachtung;
Stellungnahme

zu BMF-040402/0004-III/5/2012

Zu dem mit Schreiben vom 5. Oktober 2012 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes wird nach Anhörung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien wie folgt Stellung genommen:

Gegen den vorliegenden Entwurf besteht seitens der Stadt Wien kein Einwand.

Es wird jedoch in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Einnahmen aus Versteigerungen von Emissionszertifikaten gemäß § 21 Emissionszertifikatengesetz 2011, BGBl. I Nr. 118, nach wie vor dem Bund zufließen. Insbesondere im Hinblick auf den gemäß dem Klimaschutzgesetz geplanten Klimaschutz-Verantwortlichkeitsmechanismus sind auch in der Zuständigkeit der Länder zusätzliche Klimaschutzmaßnah-

men erforderlich. Die Forderung der Länder, diese an den Versteigerungseinnahmen zu beteiligen und den Ländern einen Teil der Einnahmen für verstärkte Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, blieb bis dato unberücksichtigt und wird daher erneut zum Ausdruck gebracht.

Für den Landesamtsdirektor:

Mag. Andreas Wostri
Obermagistratsrat

Mag. Silvia Keplinger
Obermagistratsrätin

Ergeht an:

1. Präsidium des Nationalrates
2. alle Ämter der Landesregierungen
3. Verbindungsstelle der Bundesländer
4. MA 5
(zu MA 5 - 5172/12)
mit dem Ersuchen um Weiterleitung an die einbezogenen Dienststellen